bnr.de
blick nach rechts

24. Jahrgang | 13 | 22. Juni 2007

Rechte Szene 2

Gemeinsame Sache
Neonazis und die „Bürgerbewegung pro Köln“ liegen miteinander im Clinch.

„Rassenseelische Unterschiede“
Das Organ des Bunds für Gotterkenntnis (Ludendorff) vertritt nach wie vor rassistische und revisionistische Positionen.

Propagandamedium
Rechtsextreme nutzen YouTube zur Verbreitung von volksverhetzenden Videos.

Prozesse 5

Freispruch gekippt
Jürgen Rieger wurde im Berufungsverfahren wegen Körperverletzung verurteilt.

Verfassungsschutz 6

Aktive Strukturen
Die NPD zeigt im Nordosten eine hohe Übereinstimmung mit NS-Ideologie.

Seitenblick 7

Mangelware Zivilcourage
In Halberstadt gibt es eine ernsthafte rechtsextreme Bedrohung.

Grauzone 8

Zweifel an Verfassungstreue
Danuben-Mitglied soll kein Staatsdiener werden dürfen.

Blick in die Zeitgeschichte 9

Kollaboration an der Seine
Das besetzte Frankreich unterstützte Nazideutschland bei der „Endlösung der Judenfrage“.

Rezension 10

Unlöschbare Spuren
Ein Chronist jüdischen Lebens in Breslau von 1933 an – er selbst überlebte den nationalsozialistischen Terror nicht.

Meldungen 11

Rechte Szene

Gemeinsame Sache

Neonazis und die „Bürgerbewegung pro Köln“ liegen miteinander im Clinch.

Die Erfahrung des 15. März 2003 steckt den Organisatoren der „Bürgerbewegung pro Köln“ noch tief in den Gliedern. Damals schon wollte die im NRW-Verfassungsschutzbericht 2006 im Kapitel Rechtsextremismus geführte, selbst aber um ein Saubermann-Image bemühte Gruppierung gegen den Bau von Moscheen auf die Straße gehen. Was kam, glich einer feindlichen Übernahme der Demo durch die NPD, die in einem handgreiflichen Streit zwischen Manfred Rouhs, dem Anmelder, und dem NPD-Landesvize Timo Pradel gipfelte. Seither hatten sich die Wege beider Organisationen, was Demonstrationen anbelangt, getrennt.

Im Vorfeld der „pro Köln“-Demonstration am 16. Juni dieses Jahres gegen den Bau einer Moschee im Stadtteil Ehrenfeld, war die Sorge groß, ähnliche Erfahrungen wie 2003 machen zu müssen. Nicht nur, dass erneut auch die NPD dazu aufgerufen hatte, in Köln auf die Straße zu gehen – sogar auf Internetseiten der „autonomen“ Neonazis fanden sich die Veranstaltungshinweise. Da halfen auch die dezenten Hinweise, Werbung für Parteien werde nicht geduldet und man bitte um ein „seriöses Auftreten“ nichts. NPD und Rechts-„Autonome“ trommelten dennoch für Köln, und die Jungen Nationaldemokraten versorgten die Kameraden mit Zugfahrplänen. In einem parteiinternen Schreiben der NRW-NPD wurde betont, bei „pro Köln“ handele es sich „um keine befreundete Organisation“. Die NPD unterstütze aber „das Thema der Demonstration und will durch ihre Anwesenheit zeigen, dass die wirklich nationale Kraft im Rheinland und Westfalen hinter den Protesten der Kölner Bürgerinnen und Bürger steht“.

Pech für die NPD, dass die „interne Mitteilung“ ihren Weg zu „pro Köln“ fand. Die „Bürgerbewegung“ nutzte die Vorlage und witterte die Gefahr, die „Bürgerdemo“ könne „zweckentfremdet“ werden. Der „pro Köln“-Vorsitzende Markus Beisicht spekulierte obendrein, der NPD-Aufruf könne vom Verfassungsschutz gesteuert sein, „um seriöse Politikansätze zu torpedieren“. Die NPD hielt im gleichen Stil dagegen: Die „Bürgerbewegung“ sei eine „selbst ernannte“, ihre Mitglieder „Pseudorechte“. Pradel, der auch als NPD-Landesorganisationsleiter fungiert: „Als befreundete Organisation wertet die NPD nur solche Gruppen, die sich der nationalen Widerstandsbewegung in Deutschland anschließen und sich nicht durch Spaltereien und Anbiederungen hervortun.“ Man solle zwar an der Kölner Demonstration teilnehmen, riet er, bei der nächsten Wahl „das Kreuz bei der echten politischen Opposition, der NPD“ machen.

Tatsächlich liefen am 16. Juni etwas unter 200 Teilnehmer bei der „pro Köln“-Veranstaltung auf, um den Reden des Vorsitzenden der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), Heinz-Christian Strache, des belgischen „Vlaams Belang“-Abgeordneten Bart Debie, des früheren Republikaner-Vize Björn Clemens und der lokalen „pro Köln“-Größen zu lauschen. Im Zählen von Demo-Teilnehmern offenbar etwas ungeübt, halluzinierte die „Bürgerbewegung“ zunächst von „mehr als 600“ Teilnehmern, eine Zahl, die später – der Realität ein wenig angenähert – stillschweigend auf „mehr als 500“ reduziert wurde. Knapp 200 potenzielle Teilnehmer waren gar nicht erst zum Ausgangspunkt gelangt: die erwarteten Rechts-„Autonomen“ und einige NPDler. Sie hatten sich zuvor zu einem nicht angemeldeten Demonstrationszug formiert, wie die Polizei berichtete. Knapp 100 von ihnen wurden – unter anderem wegen fremdenfeindlicher Äußerungen und weil sie gegen das Vermummungsverbot verstießen – vorläufig festgenommen, die übrigen mit Platzverweisen belegt.

Der Zorn der Neonazis auf pro Köln ist in der Folge groß. Pradel meinte, der Verdacht liege nahe, „dass die Verantwortlichen der so genannten ´Bürgerbewegung´ im Vorfeld der Demonstration die Polizei darum baten, ´unangenehme´ Demonstrationsteilnehmer erst gar nicht durchkommen zu lassen“. Das „Aktionsbüro Westdeutschland“ nennt „pro Köln“ eine „reaktionäre, populistische, philosemitische und absolut spießbürgerliche Partei“. Dabei hätte manches, was die auf Biedermann geschminkten Redner der „pro Köln“-Demo von sich gaben, sicher auch bei Neonazis den „teils donnernden Applaus“ ernten können, von dem „pro Köln“ berichtete. Zum Beispiel die Aufforderung von Clemens, die Moslems sollten ihren Ranzen schnüren, den Gebetsteppich nehmen und nach Hause gehen.

Tomas Sager

„Rassenseelische Unterschiede“

Das Organ des Bunds für Gotterkenntnis (Ludendorff) vertritt nach wie vor rassistische und revisionistische Positionen.

Der Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V. hält am 24. Juni eine „Gedenkstunde“ zum 130. Geburtstag Mathilde Ludendorffs und zum 70.Todestag von Erich Ludendorff ab. Die Andacht ist Teil einer zweitägigen Veranstaltung, die die Weltanschauungsgemeinschaft in Herboldshausen (Baden-Württemberg) anlässlich der „Sommersonnenwende“ organisiert. Eine Analyse des Ludendorffer-Organs „Mensch und Maß“ zeigt, dass der Bund für Gotterkenntnis (BfG) nach wie vor rassistische, geschichtsrevisionistische und antifreimaurerische Positionen vertritt. Die Gruppierung, die auf die Lehren der antisemitischen Ärztin und „Philosophin“ Mathilde Ludendorff zurückgreift, verwahrt sich gegen derlei Vorwürfe und sieht sich als verfolgte Unschuld. Der BfG wurde anlässlich seiner diesjährigen Ostertagung in Niedersachsen mit öffentlichen Protesten konfrontiert (bnr 09/07).

Was sie von Asylbewerbern halten, legten Elke und Gundolf Fuchs im März 2007 dar: „Wir weisen immer wieder darauf hin, dass nur eine geordnete Rückführung der in Massen eingewanderten – sowohl der eingeschlichenen als auch der hineingelockten – Ausländer erfolgen muss, wenn das deutsche Volk erhalten bleiben soll.“ In anderen Beiträgen wird von „rassenseelischen Unterschieden“ und „Asylunwesen“ schwadroniert. Der Vorsitzende Gunther Duda sieht es ähnlich: „Die seit Jahrzehnten bewusst betriebene Masseneinwanderung nach Deutschland aus fast aller Welt“ sei „das unverantwortliche Werk“ des Liberalismus.

Zu den großen Feindbildern der Ludendorffer gehört auch die Freimaurerei. Kaum eine Ausgabe, die sich nicht mit deren angeblich schädlichen Wirken beschäftigt. Im April 2007 setzte sich Arno Dietmann mit einer Gedenkstätte für Kriegstote in Stalingrad auseinander und kritisierte den Kubus als „freimaurerisch-kabbalistisches Symbol“. Gerne ziehen die Autoren des im oberbayerischen Pähl im „Verlag Hohe Warte“ erscheinenden Blattes gegen „überstaatliche Mächte“ zu Felde und verbreiten Verschwörungsmythen. Erwiesene geschichtliche Tatsachen werden schlicht ignoriert. So schreiben Elke und Gundolf Fuchs von „nur behaupteten Verbrechen der deutschen Wehrmacht“. Die „Zerstörung deutschen Selbstbewusstseins“ habe zu „einer schuldgebeugten und geduldigen Hinnahme der Fremdbestimmung“ geführt, bekritteln die Autoren.

Falko Gramse stößt in dieselbe Kerbe und spricht von einer „jahrelangen Umerziehung“ und „inneren Umpolung des deutschen Volkes durch die Sieger des Zweiten Weltkrieges“. Fraglich sei nur, wie lange diese „Vergangenheitskriminalisierung“ noch betrieben werden soll. Dies alles habe zu einer fast „vernichtenden Identitätskrise der Deutschen“ geführt. Gramse, der auch für die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ zur Feder greift, wettert gegen den „Ungeist“ der 68er. Diese hätten „mit aller ihnen zur Verfügung stehenden geistigen und moralischen Macht schamlos versucht“, „die geistigen, kulturellen und historischen Wurzeln des deutschen Volkes zu vernichten und dies sogar noch erfolgreich“.

Mit konkret antisemitischen Aussagen halten sich die Autoren zwar zurück, doch bricht sich judenfeindliches Gedankengut immer wieder Bahn. So wird der Holocaust als „Gedenkreligion“ bezeichnet. Der Teheraner Holocaust-Konferenz wurde breiter Platz eingeräumt, ohne an der Tagung Anstoß zu nehmen. Ferner kritisiert das Blatt, das den Untertitel „Drängende Lebensfragen in neuer Sicht“ trägt, gebetsmühlenartig die Politik Israels. Auch die Welt der Kunst wird nicht ausgespart: „Offensichtlich hat sich auch der moderne, aus keiner echten Wurzel, sondern nur aus verwirrtem Intellekt und abartiger Gefühlswelt gespeiste moderne Malstil weit verbreitet“, wettern Elke und Gundolf Fuchs und fügen hinzu: „Unter dem NS wurde von entarteter Kunst gesprochen und derjenige, der heute noch diese Bewertung teilt, wird zum Sympathisanten der NS-Ideologie als Ganzes hingestellt.“

Die Ludendorffer fühlen sich verfolgt. „Mensch und Maß“, das alle zwei Wochen im Umfang von 48 Seiten erscheint, stehe „im religiös-ideologischen Bann und wird immer wieder als verfassungsfeindlich verleumdet und benachteiligt”, bemäkelt Gramse. Dabei vertrete das Blatt „Menschenwürde, Geistesfreiheit und Lebensrecht eines jeden Volkes – als ewig gültige Gottwerte“, behauptet er.

Auch an den Rezensionen ist das rechtsextreme Weltbild des BfG, der seinen Sitz in Tutzing (Oberbayern) hat, ablesbar. So werden beispielsweise Bücher aus den einschlägig bekannten Verlagen Arndt und Grabert positiv besprochen. Außerdem waren zuletzt in dem Blatt öfters Anzeigen eines „Arbeitskreises für Lebenskunde“ zu finden, der für „Ferienlager“ wirbt. Als Kontakt war die Adresse von Maren Preisinger in Bühnsdorf (Schleswig-Holstein) angegeben.

Magnus Bosch

Propagandamedium

Rechtsextreme nutzen YouTube zur Verbreitung von volksverhetzenden Videos.

Das Videoportal YouTube boomt. Es hat sich in den letzten Jahren zu einer der am meisten besuchten Adressen im Internet entwickelt. Dort können Millionen von Videos abgerufen, wie auch eigene Videos veröffentlicht werden. Insofern verwundert es nicht, dass Rechtsextremisten die gerade bei Jugendlichen beliebte Webseite für ihre Zwecke entdeckt haben und seit kurzem als neuestes Propagandamedium nutzen. Mittels eines einschlägigen Suchbegriffs findet man dort schnell entsprechende Videos. Aber auch ohne gezielte Suche können Nutzer darauf stoßen. Beispielsweise stand Mitte November 2006 in der Rubrik der neuesten deutschen Videos ein rechtsradikales Stück. Bei Start dieses Videos zeigt YouTube dann weitere thematisch verwandte Videos an.

Vor allem Videos mit Rechtsrock nehmen ständig zu. Meistens sind es szenekundige Fans, die die Musik mit einigen hintereinander geschnittenen Standbildern illustrieren. Zum Beispiel werden bei einer Aufnahme zum Lied „Unbekannte Helden“ der einschlägigen Band „Sleipnir“ Bilder aus dem Zweiten Weltkrieg gezeigt, auf denen die deutschen Soldaten zu Helden stilisiert werden. Zwar sind die meisten dieser Videos relativ schlicht produziert, dennoch vermitteln sie authentisch ein aggressives Protestgehabe. Die rechtsextreme Ideologie wird gleichsam auf jugendliche Subkulturen angepasst transportiert. Hinzu kommt, dass zu jedem Video ein Forum existiert, in dem die Nutzer Kommentare schreiben können. Rechtsextremisten nehmen dies vor allem wahr, um sich gegenseitig in ihrer Zustimmung bestätigen. So schreibt „OlliC88“: „Kameraden, seid stolz auf unsere tapferen Wehrmacht- und SS-Soldaten ohne euch von deren Ideologie zu lösen!!!“

Mit YouTube umgehen die Rechtsextremisten zudem in Deutschland gültige Verbote von Liedern wegen Volksverhetzung beziehungsweise Indizierungen durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien. Da das Videoportal seine Webseite bei Contentprovidern in den USA ins WWW stellt, wo rassistische Hetze nicht verboten ist, stehen deutsche Behörden diesem Problem einigermaßen machtlos gegenüber. So findet sich ein Video der „Zillertaler Türkenjäger“ zu ihrem massiv antisemitischen Lied „So ist er“. Es stammt von der wegen Volksverhetzung verbotenen CD „12 Doitsche Stimmungshits“. Die Macher des Videos haben den Text „So ist er, der Jud, Jud, ...“ unter anderem mit Bildern unterlegt, in denen vermutlich israelische Soldaten auf mit Schleudern bewaffnete Palästinenser schießen, beziehungsweise auf einen am Boden liegenden Mann treten. Insofern verstärkt das Video noch den hetzerischen Text, indem es scheinbar die Behauptungen beweist. Dabei ist das Video „professionell“ produziert. Die Szenen sind Kopien von Nachrichtensendungen und deswegen technisch von hoher Qualität. Und aufgrund der schnellen Schnitte spricht die Aufnahme ästhetisch durchaus die Sehgewohnheiten der MTV-Generation an.

Ferner zeigen bei YouTube freie Kameradschaften Videos über ihre Demonstrationen. In einem Video plädiert der wegen Volksverhetzung zu 33 Monaten Haft verurteilte Neonazi Axel Reitz auf einer Kundgebung angesichts von linken Gegendemonstrationen für eine „Querfrontstrategie“ gegen den „Kapitalismus“. Statt auf martialische Aufmachung und extreme Hetze setzten die Produzenten eher auf einen argumentativen Stil, der im inhaltlichen Kern rechtsextrem ist, sich aber rhetorisch gemäßigt darstellt. Durch die Auswahl „gelungener“ Selbstdarstellungen in Bild und Ton besitzen solche Videos bei politisch unbedarften Jugendlichen ein gewisses Maß an Überzeugungskraft. Angesichts von über 30 000 Aufrufen der beiden Versionen des Videos ist dieser neue Propagandakanal der Rechtsextremisten auf dem besten Weg zu einem Massenmedium.

Christoph Busch

Prozesse

Freispruch gekippt

Jürgen Rieger wurde im Berufungsverfahren wegen Körperverletzung verurteilt.

Der bundesweit bekannte Neonazi-Anwalt und NPD-Funktionär Jürgen Rieger aus Hamburg kann seiner langen Reihe von Strafurteilen ein weiteres hinzufügen. Die 6. Strafkammer des Landgerichts Magdeburg verurteilte ihn wegen Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 4500 Euro und hob damit einen Freispruch des Magdeburger Amtsgerichtes für Rieger in gleicher Sache auf.

In der Höhe des Strafmaßes orientierte sich das Landgericht an einem bereits 2005 von der Staatsanwaltschaft erwirkten Strafbefehl gegen Rieger, gegen den dieser Widerspruch eingelegt hatte. Gegen den Freispruch durch das Amtsgericht legten zunächst die Magdeburger Staatsanwaltschaft als auch das Opfer als Nebenkläger Berufung ein. Die Staatsanwaltschaft zog ihre Berufung jedoch kurze Zeit später wieder zurück. Offenbar nach Rücksprache mit der Generalstaatsanwaltschaft des Landes vermutet man bei der Mobilen Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt in Sachsen-Anhalt. „Mit dieser Entscheidung lassen die Strafverfolgungsbehörden im Land erneut ein Opfer rechter Gewalt im Stich“, kritisierte ein Sprecher der Mobilen Opferberatung. „Gleichzeitig wird damit Neonazis ein Freibrief ausgestellt, weiterhin am Rand ihrer Aufmärsche gewaltsam gegen Beobachter und Gegendemonstranten vorzugehen.“

Der Fall, um den es in dem langwierigen strafrechtlichen Tauziehen geht, liegt schon einige Zeit zurück und stellt sich der Kammer so dar, sagte der Vorsitzende Richter Lars-Hendrik Schröder in seiner Urteilsbegündung. Bei einem rechtsextremem Aufmarsch am 15. Januar 2005 hat Rieger einem Gegendemonstranten einen Faustschlag ins Gesicht versetzt. Das Opfer, ein heute 31-jähriger Student und Kreistagsmitglied aus Sachsen, erlitt dabei eine schmerzhafte Prellung.

Die Rechtsextremisten hatten den 60. Jahrestag der Zerstörung Magdeburgs durch alliierte Bomberverbände für ihre eigenen Zwecke propagandistisch ausnutzen wollen. In den vorderen Reihen marschierten neben Rieger auch bundesweit bekannte Rechtsextremisten wie Peter Neumann, Ralph Tegethoff und Thomas Wulff. Die Stimmung war gereizt, nachdem linke Gegendemonstranten den rechten Aufmarsch gestört und zeitweise blockiert hatten. Unter den Beobachtern des Geschehens befand sich auch der 31-Jährige. Er drückte seinen persönlichen Protest humoristisch aus, indem er hin und her hüpfte wie ein Hampelmann. Für Rieger offenbar zuviel. Er stürmte aus der Menge der Rechtsextremisten auf den sächsischen Kreistagsabgeordneten zu und schlug ihn mit der geballten Faust ins Gesicht.

Rieger hatte dies zuvor in der Hauptverhandlung bestritten und lediglich eingeräumt, den Nebenkläger „am Kragen gepackt und geschüttelt“ zu haben. „Ich hatte ihn festnehmen und der Polizei übergeben wollen“, so seine Aussage.

Die Rolle als selbst ernannter Hilfspolizist nahm das Gericht dem Neonazi-Anwalt nicht ab. „Es ist völlig klar, dass Sie den Nebenkläger attackiert haben“, sagte der Vorsitzende Schröder. Auch Riegers Behauptung, der Nebenkläger habe sich die Gesichtsprellung selbst zugefügt, hielt das Gericht nach der Beweisaufnahme und nicht nur angesichts mehrerer Vorstrafen des NPD-Funktionärs für unglaubhaft. Rieger war in der Vergangenheit bereits wegen Körperverletzung und Volksverhetzung verurteilt worden.

Mit seinem Urteil gegen Rieger überraschte das Gericht die Beobachter. Denn neben Riegers Verteidiger, der dies erwartungsgemäß tat, hatte zuvor auch die Vertreterin der Staatsanwaltschaft in ihrem Plädoyer nach Abschluss der Beweisaufnahme Freispruch für den Angeklagten gefordert. Und das, obwohl die Anklagebehörde zuvor den Strafbefehl erwirkt und Berufung gegen einen Freispruch des NPD-Funktionärs durch das Magdeburger Amtsgericht eingelegt und diese erst später zurück gezogen hatte. Vielen Beobachtern der Hauptverhandlung stellte sich noch im Gerichtsgebäude deshalb die Frage, ob die Mobile Opferberatung mit ihrer Kritik an den Strafverfolgungsbehörden in Sachsen-Anhalt nicht zumindest teilweise richtig liegt. Jürgen Rieger selbst jedenfalls kündigte nach Abschluss der Urteilsbegründung vor Journalisten noch im Gerichtssaal rechtliche Schritte gegen seine Verurteilung an.

Eberhard Löblich

Verfassungsschutz

Aktive Strukturen

Die NPD zeigt im Nordosten eine hohe Übereinstimmung mit NS-Ideologie.

Im Verfassungsschutzbericht für Mecklenburg-Vorpommern ist nachzulesen, dass bei der NPD eine Übereinstimmung mit nationalsozialistischer Ideologie kein Zufall sei. Die enge Zusammenarbeit zwischen Freien Nationalisten und den Nationaldemokraten ist im Nordosten besonders augenfällig.

Sie mündete darin, dass mit einem gemeinsamen Kraftakt der NPD-Einzug in den Landtag glückte. Gleich mit sechs Mandaten – darunter werden zwei von neonazistischen Vertretern besetzt – ist man ins Schweriner Schloss eingezogen. Das waren fast 60 000 Wählerstimmen und 7,3 Prozent. In Ostvorpommern gab es örtlich bis zu einem Drittel der Stimmen für die NPD. Diese lag 2002 noch bei mageren 0,8 Prozent, arbeitete sich aber kontinuierlich bis über die Fünf-Prozent-Marke. 2004 eroberte man bereits zehn Kommunalmandate, 2005 lag der Stimmenanteil bei der Bundestagswahl bei 3,5 Prozent. Im Folgejahr gab es dann eine NPD-Materialschlacht sondergleichen, die mindestens 400 000 Euro gekostet haben dürfte. Zum Einsatz kamen mindestens 60 000 Plakate, 100 000 Wahlzeitungen, massenhaft Flugblätter, viele Wahlkampfstände, Schreiben an Erst- und Jungwähler (die 18- bis 24-Jährigen votierten mit 17 Prozent für die NPD) sowie bestimmt 10 000 verteilte so genannte Schulhof CDs. Ein Novum: Sogar Handzettel in russischer Sprache wurden verteilt, in denen hier wahlberechtigte Aussiedler mit sozialen Themen geködert werden sollten. Unter den nunmehr 300 NPD-Mitgliedern (plus 100) waren viele Kräfte aus der organisierten Neonazi- und Kameradschaftsszene – von 36 Direktkandidaten etwa ein Drittel, von den 15 Landeslistenvertretern sogar acht.

Die DVU hat unverändert 50 gealterte Mitglieder. Insgesamt haben Verfassungsschützer 1200 Rechtsextremisten gelistet, ein geringer Zuwachs um 30. Neben 250 Neonazis, von denen etliche der ursprünglich registrierten 320 Kräfte zur NPD übergetreten sind, weist die rechtsgerichtete und gewaltbereite Skinheadszene gleichbleibend 600 Personen auf. Unter insgesamt 326 Straftaten mit rechtsorientiertem Hintergrund waren 27 Gewalttaten, 57 fremdenfeindliche sowie 37 antisemitische Delikte – Werte, die sich in der Höhe des vorhergehenden Vergleichsjahres bewegen.

Immer wieder aktiv sind feste Kameradschaftsstrukturen, verteilt über das gesamte Land. Eine dabei herausragende Rolle nimmt das Soziale und Nationale Bündnis Pommern ein. Etabliert in der rechten Szene haben sich die Tollenseseewanderung in Erinnerung an den SA-Führer Horst Wessel in Neubrandenburg sowie die Gedenktreffen zum Volkstrauertag auf der Insel Usedom. Regelmäßig finden im Bundesland Buchlesungen, Schulungen, Diskussionen, Osterfeuer, Sommersonnenwend- und Wintersonnenwendfeiern statt.

Die Heimattreue Deutsche Jugend, die mit vordergründiger deutscher Brauchtumspflege in Form von Wanderungen, Schulungen, Volkstanz, Zeltlager, Wettspielen sowie Fanfaren- und Trommelmusik in Erscheinung tritt, ist auch in dem Bundesland verwurzelt. Auffällig dabei: NPD-Funktionäre begleiten die HDJ-Aktionen. Die an die verbotene Wiking-Jugend erinnernde Gruppierung stellt damit eine Vorfeldorganisation dar.

In der rechten Musikszene haben die langjährigen Bands „Skalinger“ (Raum Wolgast) und „Path of Resistance“ (Rostock) auch überregional Bedeutung. Im Berichtszeitraum hat man 18 Musikveranstaltungen der rechten Szene notiert – zwölf Rechtsrockkonzerte, ein Liedermacherauftritt sowie fünf Partys. Namentlich erwähnt wird der V7/TTV-Versand (Grevesmühlen) genauso wie der H8store-Vertrieb aus Wismar. So genannte Szeneläden sind anzutreffen in Anklam (New Dawn), Wismar (Wehrwolfshop) und Waren (Zutt’s Patriotentreff). Als bedeutsames Zeitungsprojekt gelten die Blätter der „Initiative für Volksaufklärung“ mit abweichenden Titeln und leicht abgewandelten Texten in den jeweiligen Regionalausgaben von Stralsund, Greifswald, Anklam und dem Uecker-Randow-Kreis. Überregionale Wahrnehmung erfährt der Internetnachrichtendienst „Störtebekernetz“ aus Stralsund.

Die Frage stellt sich noch, warum die existierenden neonazistischen Wohnprojekte eigentlich nicht thematisiert wurden?

Horst Freires

Seitenblick

Mangelware Zivilcourage

In Halberstadt gibt es eine ernsthafte rechtsextreme Bedrohung.

Das Land Sachsen-Anhalt nahm im vergangenenen Jahr bei rechtsextremen Gewalttaten, gemessen an der Zahl der Bevölkerung, den traurigen Spitzenplatz unter den deutschen Bundesländern ein. Und mit dem brutalen Überfall auf Ensemble-Mitglieder des Nordharzer Städtebundtheaters handelte sich das Land wieder überregionale und selbst internationale Negativschlagzeilen ein.

Acht Schläger der rechtsextremen Szene prügelten und traten dabei so brutal auf die Darsteller ein, dass fünf Opfer anschließend mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden mussten. Der Polizeieinsatz anlässlich dieses Überfalls wirft erneut kein allzu gutes Licht auf die Ordnungshüter. Zunächst trafen nur zwei Beamte am Tatort ein, erst mit deutlicher Verspätung waren vier weitere Polizisten als Verstärkung vor Ort. Zu diesem Zeitpunkt hatten die rechten Schläger längst das Weite gesucht. Lediglich der mutmaßliche Haupttäter, der 22-jährige Christian E., war später noch einmal mit dem Fahrrad an den Tatort zurück gekehrt und von den Opfern identifiziert worden. Die Beamten beließen es bei einer Überprüfung der Personalien. Dass er mehrfach einschlägig vorbestraft ist und unter Bewährung steht, stellten die Beamten dabei nicht fest.

E. stellte sich zwei Tage nach der Tat, offensichtlich auf Grund erhöhten Observationsdrucks, selbst der Polizei. Gegen ihn, den 29-jährigen David O. sowie zwei weitere mutmaßliche Tatbeteiligte, ist mittlerweile Anklage wegen schweren Landfriedensbruches und gefährlicher Körperverletzung erhoben worden. E. und O. sind auch dem Verfassungsschutz bekannt und gehören nach dessen Einschätzung zum Mobilisierungspotenzial der rechtsextremen NPD und ihrer Nachwuchsorganisation Junge Nationaldemokraten im Harz und in Sachsen-Anhalt. Die NPD selbst bezeichnete den Überfall auf die Schauspieler in einer Pressemitteilung als „Kneipenschlägerei einiger Betrunkener“.

Halberstadts Polizeipräsidentin Christiane Marschalk und Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann räumten schon in ersten Stellungnahmen schwere Fehler und Pannen bei dem Polizeieinsatz ein. Der Dienstgruppenleiter, der im Revier geblieben war, statt den Einsatz seiner Kräfte vor Ort zu koordinieren, wurde von seinen Aufgaben entbunden und strafversetzt. Hövelmann warnt aber davor, die Polizeipannen zu verallgemeinern und der Polizei in Sachsen-Anhalt generell vorzuwerfen, sie sei auf dem rechten Auge blind. Die meisten Beamten täten ihren Dienst korrekt, auch und gerade im Kampf gegen rechte Straf- und Gewalttaten. Zugleich fordert der Minister bei der Bevölkerung mehr Zivilcourage im Umgang mit Neonazis und rechter Gewalt.

An Zivilcourage mangelt es offensichtlich in Halberstadt. Zahlreiche Menschen hatten dem Überfall auf die Schauspieler tatenlos zugesehen, ohne einzugreifen oder auch nur die Polizei zu alarmieren. Dort ist nur der Handy-Notruf eines der Opfer dokumentiert. Das „Bürgerbündnis für ein gewaltfreies Halberstadt“ erinnert daran, dass die Kreisverwaltung vor gut einem Jahr ein Konzert des Liedermachers Konstantin Wecker in einer Schule verboten hatte. Die NPD hatte dieses Verbot erzwungen mit der Drohung, mit Verweis auf das Wecker-Konzert auch eigene Konzertveranstaltungen in öffentlichen Gebäuden notfalls auf dem Rechtswege herbeizuführen. Die gleiche Kreisverwaltung hatte im Herbst vergangenen Jahres zum Besuch des israelischen Botschafters Shimon Stein eine Demonstration der NPD genehmigt.

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft hat sich nach zahlreichen Vorstößen aus seinem Büro endlich dazu durchgerungen, den Mietvertrag mit dem rechten Szeneladen „Ragnarök“ zu kündigen, berichtet Oberbürgermeister Andreas Henke. In dem Laden werden offensichtlich Szenekleidung, Nazidevotionalien, Schlagstöcke und CDs mit verfassungs- und menschenfeindlichen Inhalten an rechtsgerichtete und gewaltbereite Jugendliche verkauft. Henke hat als symbolischen Akt die Schirmherrschaft über das Bürgerbündnis für ein gewaltfreies Halberstadt übernommen. Symbole sind zu wenig im Kampf gegen die gewaltbereite Neonazi-Szene, sagt dagegen ein Mitarbeiter des alternativen Jugend- und Kulturzentrums „Zora“, das regelmäßig Ziel von Überfällen aus der rechten Gewaltszene ist. „Alle müssen begreifen, dass es in Halberstadt eine ernsthafte rechte Bedrohung gibt.“

Eberhard Löblich

Grauzone

Zweifel an Verfassungstreue

Danuben-Mitglied soll kein Staatsdiener werden dürfen.

Die NPD fordert „Solidarität mit Sascha Jung“: „Jung und andere nationale Deutsche“ müssten einen „ungehinderten Zugang zum Staatsdienst erhalten“, so die NPD. Jung, von 1994 bis 2002 Mitglied der Aktivitas der pflichtschlagenden Münchener Burschenschaft Danubia und zeitweilig deren Sprecher, hatte sich nach Abschluss seines Jura-Studiums beim Freistaat Bayern für den höheren Justizdienst beworben, wurde wegen Zweifeln an seiner Verfassungstreue jedoch abgelehnt. Die Aktivitas der Danubia wurde mit Wirkung vom 1. Januar 2001 vom bayerischen Innenministerium in das Verzeichnis der verfassungsfeindlichen Organisationen aufgenommen. Auch unter den Alten Herren der Danubia, betonte der bayerische Innenminister Günther Beckstein, „gibt es etliche, die eindeutige Extremisten sind“. Bundesweite Schlagzeilen lieferte die Danubia im Januar 2001, als ein Neonazi-Schläger, der einen Griechen schwer verletzt hatte, in ihrem Haus Unterschlupf fand.

Zur Unterstützung von Jung, nun Alter Herr der Danubia, hat Hans Merkel gemeinsam mit Bernd Kallina und Jung am 1. Mai die „Initiative Akademische Freiheit“ gegründet sowie den Münchner Appell „Berufsverbot für Sascha Jung stoppen!“ initiiert. Gefordert wird in dem Appell zudem, die Danubia aus dem Verfassungsschutzbericht zu streichen. Die rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ veröffentliche den Appell mehrfach, ebenso konnten sowohl Jung als auch Merkel in dem Blatt ihre Sicht zur „Geschichte eines Skandals“ darstellen.

Ministerialdirigent a.D. Hans Merkel, „einer der letzten aufrechten CSU-Repräsentanten“ („National-Zeitung“), war bis 1997 Leiter der „Vereinigung der Freunde der CSU in Bonn“. 1980 hatte Merkel in einem Schreiben die Auffassung vertreten, „dass die Verurteilung von Rudolf Heß durch das Nürnberger Militärgericht juristisch nicht gerechtfertigt war ...“ In einem Referat bei der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn hämmerte er 1997 seinen Mitbrüdern ein, dass zum „Vaterland“ unter anderem auch Südtirol und die „ehedem zum Reich gehörenden Vertreibungsgebiete“ zählten. Beim Stiftungsfest der Danubia 2002 klagte Merkel über „Schwierigkeiten“ für denjenigen, der „bei uns zeitgeschichtlichem Revisionismus anhängt, also ein anderes Zeitgeschichtsbild vertritt als das bei uns herrschende, das bekanntlich weitgehend von den Siegern des Zweiten Weltkrieges und von einem unverständlichen deutschen Schuldstolz geprägt ist“.

Kallina, Alter Herr der Danubia, war vormals Pressereferent im Bundesvorstand der Jungen Nationaldemokraten (JN), ständiger Mitarbeiter des damals rechtsextremen Magazins „Mut“ und des rechtsextremen Schülermagazins „Im Brennpunkt“. 2001 behauptete Kallina unter dem Titel „Feindbild Danubia“ im unionsnahen „Deutschland-Magazin“, dass der Zeitgeist sich neue Opfer „im Kampf gegen Rechts“, nämlich die Burschenschaften, suche. In einer Gegendarstellung hielt das Bayerische Staatsministerium des Innern fest, dass bei der Danubia als Referenten die Rechtsextremisten Reinhold Oberlercher, Horst Mahler, Alain de Benoist und der damalige Neonazi Alexander von Webenau auftreten konnten. Auch habe die Zeitung der Danuben kommentarlos einen „Offenen Brief“ Mahlers veröffentlicht, in dem Bundeskanzler Schröder aufgefordert wurde, den „Aufstand des deutschen Volkes gegen die Fremdherrschaft“ zu organisieren. Zudem, so das Staatsministerium, habe die Homepage der Danuben Links zu rechtsextremen Publikationen wie unter anderem „Nation&Europa“ und „Staatsbriefe“ enthalten. In der „Jungen Freiheit“ bezeichnet Jung, auf den weiterhin die Domain der Danubia eingetragen ist, seine Burschenschaft als „eine der liberalsten Studentenverbindungen“. Merkel, Mitglied der Münchener Burschenschaft Arminia-Rhenania, lobt die Danubia in der JF als „altehrwürdig“.

Unterzeichner des Solidaritätsappells für Jung sind unter anderem die Referenten bei der rechtsextremen Gesellschaft für Freie Publizistik Hans-Helmuth Knütter und Josef Schüßlburner, der Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche, FPÖ-Parteiobmann Heinz-Christian Strache, das Präsidiumsmitglied des Studienzentrums Weikersheim, Stefan Winckler und Reinhard Uhle-Wettler, Herausgeber einer Festschrift für den Holocaust-Leugner David Irving.

Anton Maegerle

Blick in die Zeitgeschichte

Kollaboration an der Seine

Das besetzte Frankreich unterstützte Nazideutschland bei der „Endlösung der Judenfrage“.

Der 2. Juli 1942 ist in der Geschichte Frankreichs ein düsteres Datum. An jenem Sommertag vor 65 Jahren trafen sich in Paris hohe Beamte des Reichssicherheitshauptamtes der SS, des Reichsverkehrsministeriums und Transportbeamte der französischen Regierung von Marschall Philippe Petain zu einer großen Konferenz. Thema: Die Zusammenarbeit bei der Deportation der Juden aus Frankreich. Die Berliner Machthaber waren an die Seine gereist, um mit französischen Experten Möglichkeiten der Kooperation zu prüfen. Deutschland brauchte alle verfügbaren Reichsbahnwaggons und -Lokomotiven für den Krieg gegen die UdSSR. Die Wege waren lang, der Bedarf an Waffen und Soldaten riesig. Für Sonderzüge, um die Juden aus Frankreich abzuholen und dann weiter gen Osten in die Vernichtungslager zu deportieren, fehlten die eigenen Kapazitäten.

Der Sommer 1942 markierte den Wendepunkt in der französischen „Judenpolitik“. Die deutsche Wehrmacht stand kurz vor Moskau, der „Endsieg“ schien unmittelbar bevor zu stehen. Da wäre Widerstand gegen einen Grundpfeiler deutscher Politik, eben die „Endlösung der Judenfrage“, chancenlos gewesen. Im Gegenteil: Anpassung und Kollaboration waren angesagt. An der Spitze der französischen Delegation stand der Polizeigeneral Rene Bousquet, sein deutscher Gesprächspartner war der Höhere SS- und Polizeiführer Albrecht Oberg. Der sicherte den französischen Gesprächspartnern einen hohen Grad an Autonomie zu. Dafür verpflichtete sich die französische Seite, die „Feinde des Deutschen Reiches“ – also die Juden – zu bekämpfen.

Fünf Tage nach der Pariser Konferenz beschloss die Kollaborationsregierung von Petain im südfranzösischen Vichy, dass alle Juden in Frankreich den gelben Stern zu tragen hätten. So konnte die französische Polizei Juden einfach erkennen. Juden ohne Stern wurden sofort verschleppt. Derweil liefen die Vorbereitungen für die Deportationen auf Hochtouren. Wann solle es losgehen? Wie viele Lokomotiven und Waggons wurden benötigt? Wie viel Personal musste bereit stehen? Wer sollte die Opfer auf ihrer letzten Reise bewachen? Die französischen Experten brauchten dafür nur etwas länger als einen Monat. Dann setzte die erste große Verhaftungswelle ein. Am 16. und 17. Juli 1942 nahm die Polizei allein in Paris 12 884 Juden fest. Frauen mit kleinen Kindern mussten beispielsweise in der Arena Velodrome d’ Hiver in Paris Tage lang ohne Nahrung, Wasser und sanitäre Einrichtungen zurecht kommen. In anderen Städten verhafteten Polizisten Väter und Mütter und verschleppten sie ins „Durchgangslager“ Drancy am Rand von Paris. Die Kinder blieben verlassen zurück. Um sie kümmerte sich niemand. In Drancy blieben die Opfer nur wenige Tage, danach setzten sich die Züge gen Osten in Bewegung. Endpunkt der Reisen war Auschwitz, wo die meisten unmittelbar nach der Ankunft in die Gaskammern getrieben wurden.

Die Massenverhaftungen ließen sich nicht verheimlichen. Das Lager Drancy konnten Anwohner von ihren Wohnungen aus genau einsehen. Unter diesem Eindruck und wegen der allein umher irrenden Kinder formierte sich im Spätsommer und Herbst 1942 zum ersten Mal eine ernsthafte Opposition gegen das Kollaborationsregime von Petain. Hohe katholische Geistliche protestierten in ihren Kirchen gegen diese Aktionen der französischen Polizei. Die zugesagte weitgehende französische Souveränität hatte die deutsche Besatzung nicht erfüllt. Als im November 1942 deutsche Verbände ins bis dahin unbesetzte Südfrankreich einmarschierten, nahm die Bereitschaft zur Mitarbeit deutlich ab. Nach einer kurzen Pause im Winter 1942/43 wurden die Deportationen fortgesetzt. Deutsche Stellen berichteten nach Berlin, die französische Polizei mache nicht mehr so bereitwillig mit wie im Sommer 1942. Trotzdem gingen die Transporte weiter. Die letzten Züge verließen Frankreich im Sommer 1944, kurz vor der Landung der Alliierten in der Normandie Anfang Juni.

Insgesamt fielen der „Endlösung“ in Frankreich mehr als 77 000 Kinder, Frauen und Männer zum Opfer. Die meisten – nämlich etwa 70 000 – wurden in Auschwitz ermordet, andere in Majdanek oder Sobibor, einige wenige kamen im August 1944 nach Buchenwald.

Heiner Lichtenstein

Rezension

Unlöschbare Spuren

Ein Chronist jüdischen Lebens in Breslau von 1933 an – er selbst überlebte den nationalsozialistischen Terror nicht.

Nachdem Norbert Conrads 1995 die Lebenserinnerungen des Breslauer Historikers Willy Cohn (1888 – 1941) herausgegeben hatte, legt er nun, aus den Handschriften ediert, dessen Tagebücher von 1933 bis 1941 vor. Die „Erinnerungen" hatte Cohn 1940/1941 unter dem Eindruck der drohenden Katastrophe diktiert und sich dabei auf seine eigenen kontinuierlich geführten Tagebücher stützen können; von 112 erhaltenen Heften sind nun die letzten 59 zu lesen. Lebenserinnerungen fassen im Rückblick die Ereignisse thematisch und perspektivisch zusammen und können vieles weglassen. Die Kraft des Tagebuchs dagegen liegt in der spontanen Niederschrift unter dem Eindruck und dem Diktat der Ereignisse, das Alltägliche steht neben dem Ungeheuerlichen.

Die Tagebücher beginnen im Januar 1933 und enden am 17. November 1941, wenige Tage vor der Deportation und der Erschießung von 1000 Breslauer Juden in Litauen, darunter Willy Cohn, dessen Ehefrau und die beiden jüngsten Kinder. Dieser Ausgang und der Weg dorthin, eine quälende Folge von Ausgrenzung, Entrechtung, einer Beschleunigung des Lebens auf der Suche nach Lösungen, die auch immer wieder eine Rettung als Gewinn des Durchhaltens möglich erscheinen lassen, machen aus diesen 1100 Seiten eine beklemmende Lektüre, zugleich erkennt man die historische Quelle von unschätzbarem Wert. Man kann sie als Chronik einer anderen, früheren Vertreibung lesen – nur ohne überlebende Ankläger. Conrads spricht von der jüdischen Shoa in Schlesien.

Breslau hatte die drittgrößte jüdische Gemeinde in Deutschland, 24 000 Menschen, von denen zwei Drittel sich bis 1939 retten konnten, das restliche Drittel wurde nach 1941 deportiert und umgebracht. Nach seiner Entlassung aus dem Staatsdienst 1933 widmete sich Cohn ganz seinen historischen Forschungen und einer rastlosen Tätigkeit als Publizist, Lehrer und Vortragender in den jüdischen Gemeinden Schlesiens und Deutschlands, seit 1936 als Lehrbeauftragter am Jüdisch-Theologischen Seminar in Breslau. Den Hörern sucht er seine Liebe zum Judentum zu vermitteln sowie Aufrichtung in der „seelischen Zerquälung durch die Zeit" zu geben. Cohn setzt auf eine Erneuerung in Palästina, wohin zwei seiner drei älteren Kinder auswandern. Auf Fotos aus dem Kibbuz sieht er, „dass da ein ganz neuer Menschentyp" entsteht.

Cohns eigene Auswanderung scheitert nicht nur an den Bestimmungen und fehlenden Möglichkeiten für seine Arbeit, sondern vor allem an der Liebe zu seiner schlesischen Heimat und zur deutschen Kultur: „Wenn es nicht Palästina sein kann, so will ich gern das Schicksal Deutschlands mittragen." Seit 1939 ist er Mitarbeiter an der „Germania Judaica" und bekommt von Leo Baeck ganze Provinzen zur Darstellung übertragen. Nur im Diözesanarchiv und der Dombibliothek findet er noch ein Refugium und Unterstützung für seine Forschungen und arbeitet mit Besessenheit. Im September 1940 bekundet ihm Baeck, dass er nicht ins Ausland „desertieren" wolle – ein „Standpunkt, der durchaus dem meinigen entspricht".

Er reist viel und ist viel zu Fuß unterwegs in Breslau, und immer trifft er, selbst eine Person des öffentlichen Lebens, andere, und es ergibt sich ein reger Austausch „mundfunklicher Nachrichten". Man ist sehr gut informiert über Auswandern, Verhaftungen, Selbstmorde – „das allgemeine Kesseltreiben auf jüdische Existenzen". „Es ist ein totaler Krieg gegen uns ... Revanche dafür, was den Deutschen in Russland geschieht." Oktober 1941: Es scheint, als ob sie es „im gegenwärtigen Augenblick des Krieges ganz und gar auf unsere Vernichtung angelegt haben". Doch Cohn wird und will das Schicksal seines Volkes und dessen identitätsstiftende Leidensgeschichte teilen. Die wundersame Rettung seiner Manuskripte – ähnlich der des Untergrundarchivs aus dem Warschauer Ghetto – machen auch nach dem Tod des Chronisten die Spuren, die man doch löschen wollte, sichtbar.

Theo Meier-Ewert

Norbert Conrads (Hrsg.): Willi Cohn: Kein Recht nirgends. Tagebuch vom Untergang des Breslauer Judentums 1933-1941. Böhlau-Verlag, 2 Bde., Köln, 2006, 1121 S., 59,00 EUR.

Meldungen

Botschaften aus dem Knast

Herford – Grußbotschaften verurteilter Gewalttäter sollen bei der Neonazi-Demonstration am 30. Juni im ostwestfälischen Herford verlesen werden. Der von „freien Kräften NRW“ und der „Nationalen Offensive Schaumburg“ organisierte Aufmarsch steht unter dem Motto „Gesinnungsparagraphen abschaffen! – Freiheit für alle nationalen politischen Gefangenen!“ und wird nach Angaben der Veranstalter von „vielen Kreisverbänden der NPD bzw. JN“ unterstützt. Aufschlussreich ist, wen die Veranstalter für Opfer von „Gesinnungsparagraphen“ halten. Bei der Kundgebung in der Nähe der Justizvollzugsanstalt Herford sollen Grußbotschaften von mindestens drei „nationalen politischen Gefangenen“ verlesen werden: Sven Kahlin, der in Dortmund einen Punker erstach und in der JVA Herford wegen Totschlags eine siebenjährige Jugendstrafe absitzt; Christoph Drewer aus Hamm, der unter anderem wegen sieben Körperverletzungsdelikten – davon drei schwere – im vorigen November zu zwei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt wurde; Michael Krick, der in den Niederlanden mit einer dreijährigen Haftstrafe belegt wurde, weil er als Haupttäter nach einem Neonazi-Gelage gemeinsam mit Gesinnungskameraden einen Schwarzen überfallen und erheblich misshandelt hatte. Als Redner sollen bei der Demonstration zudem Christian Worch, Sascha Krolzig (Kampfbund Deutscher Sozialisten), Sven Skoda (parteifreier Neonazi aus Düsseldorf) und Marcus Winter von der „Nationalen Offensive Schaumburg“ auftreten. (ts)

Initiator der „14 Words“ abgetreten

USA (Terra Haute) - Der US-amerikanische Rechtsterrorist David Lane ist im Alter von 68 Jahren im Staatsgefängnis von Terra Haute im Bundesstaat Indiana verstorben. Lane war Mitglied der rassistischen und antisemitischen Organisation „The Order“ (auch bekannt unter den Namen „Bruder Schweigen“ oder „Silent Brotherhood), die in den 1980er Jahren Morde und Raubüberfälle verübte, mit deren Beute „White Supremacy“-Gruppen im ganzen Land unterstützt wurden. Nach der Ermordung des jüdischen Radiomoderators Alan Berg im Juni 1984 wurde Lane verhaftet und in zwei Prozessen zu insgesamt 190 Jahren Haft verurteilt. Auch im Gefängnis blieb der reuelose Terrorist weiter aktiv und verfasste regelmäßig Artikel und Essays für rechtsextreme Publikationen. In Erinnerung bleiben wird Lane vor allem für die Prägung der so genannten „14 Words“ (“We must secure the existence of our people and a future for white children”), die heute für Neonazis rund um den Globus zum vereinigenden Slogan geworden sind. (mf)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de